NEGZ

Smart City und E-Government zusammen denken

[15.05.2025] Eine Kurzstudie des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ) untersucht die Wechselwirkungen und möglichen Synergieeffekte zwischen Smart-City- und Smart-Government-Initiativen. Befragt wurden 25 der Modellprojekte Smart Cities.

Wie Kommunen Synergien zwischen Smart-City-Programmen und der Verwaltungsdigitalisierung nutzen können, beleuchtet eine neue Kurzstudie des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ). Sie steht unter dem Titel „Smart City und Smart Government – Geförderte Modellprojekte Smart Cities als Synergieeffekt für das kommunale E-Government?“ und wurde vom Unternehmen msg systems gefördert. Verfasst wurde sie von Werner Achtert von msg systems, Stephan Jarvers, der für die Digitalstrategie und technische Weiterentwicklung im Landkreis Osnabrück verantwortlich zeichnet, sowie Christian Schachtner, Professor für Wirtschaftsinformatik an der Hochschule RheinMain (wir berichteten).

Während Smart City vor allem die Stadtentwicklung betrifft und sich auf lebenswerte Städte beispielsweise durch die Reduzierung von Umweltbelastungen fokussiert, konzentriert sich Smart Government auf die digitale Verwaltung etwa in Form von Onlinebürgerdiensten, erklärt das NEGZ. Mit ihrer Studie wollen die Autoren zeigen, wie eine enge Verzahnung beider Ansätze zur digitalen Transformation kommunaler Verwaltungen beitragen und Synergieeffekte erzeugen kann. Dazu haben sie zunächst eine halbstandardisierte Onlinebefragung unter 25 Kommunen durchgeführt, die im Rahmen des 820-Millionen-Euro-Programms Modellprojekte Smart Cities (MPSC) der Bundesregierung gefördert wurden. Aus den Rückmeldungen konnten sie dann aktuelle Herausforderungen, Praktiken und Erfolgsfaktoren ableiten.

Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen

Laut der Onlineumfrage verfolgt die Mehrheit der befragten Kommunen bereits eine integrierte digitale Strategie, die E-Government- und Smart-City-Aspekte verknüpft. Bei der Gestaltung und Umsetzung der digitalen Strategien spiele die politische Führung samt neuer Führungsrollen wie dem Chief Digital Officer (CDO) eine entscheidende Rolle. Sie fördern laut der Studie die interdisziplinäre Zusammenarbeit und den Wissensaustausch zwischen den beteiligten Akteuren und Systemen, was für den Erfolg digitaler Initiativen unerlässlich sei. Allerdings erschweren Hierarchien und Silodenken den Wissenstransfer in den Verwaltungen.

Die Kommunen wurden auch danach gefragt, wie es mit ihren Smart-City-Initiativen nach dem Ende der MPSC-Förderung im Jahr 2026 weitergeht. Demnach müssen viele von ihnen noch tragfähige und nachhaltige Finanzierungs- und Organisationsmodelle für diese Zeit entwickeln.

In ihren Handlungsempfehlungen plädieren die Autoren unter anderem für Netzwerke, die ähnlich der Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities (KTS) den interkommunalen Wissenstransfer unterstützen. Um die Synergiepotenziale zwischen Smart City und E-Government optimal zu nutzen, sei außerdem die Akzeptanz digitaler Initiativen bei den Bürgern und der lokalen Wirtschaft entscheidend.

Politische Entscheidungsträger wiederum sollten „verstärkt als Treibende und Unterstützende digitaler Vorhaben agieren“. Ein erster Schritt könne hier sein, die digitale Transformation als ein Hauptziel der Kommune zu benennen. Politische Führungen müssen außerdem finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und in ergänzende Maßnahmen zur Kompetenzbildung investieren. „Darüber hinaus umfasst die Ressourcenbereitstellung die Schaffung einer adaptiven IT-Infrastruktur“, heißt es im Studienfazit. Nicht zuletzt sollten frühzeitig nachhaltige Finanzierungsmodelle etabliert werden, die eine langfristige Umsetzung der Smart-City-Strategien sicherstellen.

(ve)

Stichwörter: Politik, msg, NEGZ, Smart City